

Kleiner Infobrief 1. - 15. November 2018

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

die Landesregierung wird Mitte November ihren [Gesetzentwurf](#) zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes einbringen - die Liste der Verschärfungen ist lang. Das Bündnis gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz ruft zu vielfältigen Aktionen dagegen auf: Die Demonstration für Grund- und Freiheitsrechte und gegen die Gesetzesverschärfungen startet mit der Auftaktkundgebung am Samstag 10. November 2018 um 13:30 am Bahnhof Potsdam Charlottenhof. Außerdem ist eine Online-Petition geschaltet und kann hier unterzeichnet werden:

<https://weact.campact.de/petitions/neues-polizeigesetz-in-brandenburg-stoppen-grundrechte-schutzen>

Weiterführende mehrsprachige Informationen gibt es unter:

<https://nopolgbbg.de/>

Drei Tage zuvor, am Mittwoch, den 07. November 2018 um 17:00 – 19:00 Uhr, findet die nächste offene [Sitzung des Flüchtlingsrats](#) statt im Projekthaus, Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam-Babelsberg. Diskutieren wollen wir, wie wir uns für die politischen Interessen von Geflüchteten und Migrant_innen und gegen Rassismus einsetzen können. Dazu wird das Netzwerk Migrant*innenorganisationen Brandenburg (NeMiB e.V.) seine bisherige Arbeit vorstellen.

Beste Grüße,
Jürgen Weber

Veranstaltungen/Termine

08. November/ 09. November 2018 Berlin Fortbildung: Asylsuchende im Dublin-Verfahren und „weitergewanderte Anerkannte“ – Unterstützungsmöglichkeiten durch Beratende. Referentin: Berenice Böhlo, Rechtsanwältin in Berlin. Ort: Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin, Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin-Wilmersdorf. Die Fortbildung richtet sich an ehren- und hauptamtliche Beratende von Asylsuchenden in Berlin, die über fundierte Kenntnisse im Asylrecht verfügen. Verbindliche Anmeldung per E-Mail an mauer@fluechtlingsrat-berlin.de mit Betreff „Anmeldung Fortbildung Dublin“. [Weitere Informationen](#)

08. November 2018 Berlin Auftaktveranstaltung der Aktionswochen gegen Antisemitismus Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sind mit 150 Veranstaltungen die größte Kampagne gegen Antisemitismus in Deutschland. Die Aktionswochen werden von der Amadeu Antonio Stiftung und dem Anne Frank Zentrum koordiniert. Weitere Informationen: <https://mediendienst-integration.us6.list-manage.com/track/click?u=ca7dd968b62431ceb99a227f1&id=beae8b4a0d&e=e9115f62b0>

10. November 2018 13:00 Potsdam Neues Polizeigesetz stoppen! Demonstration für Grund- und Freiheitsrechte und gegen die geplanten Polizeigesetzesverschärfungen. Auftakt: 13:30, Potsdam Hauptbahnhof, Charlottenhof.

<https://nopolgbbg.de/demo-am-10-11-18/>

10. November 2018 09:30 – 17:00 Berlin „Gemeinsam gegen Fluchtursachen und Diskriminierung“, Fachtag zu Flucht und Migration, veranstaltet von NARUD/Netzwerk für Teilhabe und nachhaltige Entwicklung (Berlin). Ort: Kurt Schumacher Haus, Müllerstr. 163, Berlin. Weitere Informationen auf der Website von NARUD:

<http://www.narud.org/>

12. November 19:00 – 21:00 2018 Potsdam „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ - Lesung und Diskussion mit den Autorinnen Manja Präkels, der Bundestagsabgeordneten Manja Schüle und Melanie Ebell vom Landesjugendring Brandenburg. Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg. Ort: Thalia Kino Potsdam, Rudolf-Breitscheid-Straße 50, 14482 Potsdam. Anmeldung möglich bis 08. November 2018.

15. November 2018 0:00-16:00 Frankfurt (Oder) „Die Lebenssituation geflüchteter Tschetscheninnen und Tschetschenen in Brandenburg“. Fachtagung Europa-Universität Viadrina Logenhaus, Logensaal, Logenstraße 11, 15230 Frankfurt (Oder). Eine Kooperationsveranstaltung der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg und der RAA Brandenburg.

19. November 2018 09:30 Potsdam Antirassismus in Zeiten rechter Mobilisierung - Praktische Handlungsansätze und Gegenstrategien. Tagung und internationale Podiumsdiskussion, organisiert von der Opferperspektive, Potsdam. Ort: Bürgerhaus am Schlaatz, Potsdam. Anmeldung und weitere Informationen unter: www.antirassismustagung.de

19. November 2018 15:00 - 18:30 Berlin Workshop: Argumentationstraining gegen flüchtlingsfeindliche und rassistische Positionen und Stammtischparolen, veranstaltet von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) Der Workshop richtet sich an Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete. Das Training findet auf Deutsch statt. Verbindliche Anmeldung (Namen und E-Mail-Adresse) per E-Mail unter [brezger\[at\]fluechtlingsrat-berlin\[dot\]de](mailto:brezger[at]fluechtlingsrat-berlin[dot]de) Die Teilnehmer_innenzahl ist auf insgesamt 15 Personen beschränkt, die Teilnahme ist kostenfrei. Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin (Vorderhaus, 1. Stock, Raum VH1) Haltestelle "Am Friedrichshain".

Save the date

01. Dezember 2018 10:00 – 17:00 Potsdam „Unsere Stimme zählt!/ "Our voice counts!" Geflüchtete Frauen aus Brandenburg treffen sich“. Diese Konferenz wurde von einer Gruppe geflüchteter Frauen zusammen mit der Integrationsbeauftragten des Landes und der Landesgleichstellungsbeauftragten vorbereitet. Es werden ausschließlich Frauen teilnehmen. Neben den geflüchteten Frauen sind auch Expertinnen und Beraterinnen, Politikerinnen und Mitarbeiterinnen von Einrichtungen und Vereinen eingeladen, um die Stimme der geflüchteten Frauen zu hören und mit ihnen zu diskutieren. Die geflüchteten Frauen wissen selbst am besten, was sie brauchen. Wo: Staatskanzlei Potsdam, Brandenburgsaal, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldeschluss ist der 15. November 2018 per E-Mail an [stimme-zaehlt\[at\]ariadne-an-der-spree\[dot\]de](mailto:stimme-zaehlt[at]ariadne-an-der-spree[dot]de). Ausführliche interaktive Einladungsbroschüre und A4Plakat zu dieser Veranstaltung.

Regelmäßige Termine

Begegnungscafé - Jeden Sonntag 15.30 bis 17.30 Uhr in Babelsberg, Freizeitstätte, Karl-Liebknecht-Str. 28. Immer mit einem Kulturprogramm; Kaffee und Tee frei; selbstgebackener Kuchen auf Spendenbasis. Kontakt: Kruse: 017682331500, E-Mail: [fluechtlingshilfe-kirche-babelsberg\[at\]gmx\[dot\]de](mailto:fluechtlingshilfe-kirche-babelsberg[at]gmx[dot]de)

Europäisches Grenzregime

EU kommt bei Ausschiffungsplattformen nicht voran

Die Pläne der EU Ausschiffungsplattformen in Nordafrika aufzubauen, um Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten, kommen nicht voran. Bislang hat sich kein Drittstaat dazu bereit erklärt. Beitrag aus dem MiGAZIN vom 26. Oktober 2018:

[http://www.migazin.de/2018/10/26/fluechtlingspolitik-eu-kommt-bei-ausschiffungsplattformen-nicht-voran/?](http://www.migazin.de/2018/10/26/fluechtlingspolitik-eu-kommt-bei-ausschiffungsplattformen-nicht-voran/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

[utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2018/10/26/fluechtlingspolitik-eu-kommt-bei-ausschiffungsplattformen-nicht-voran/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

Zu Plänen für "Ausschiffungsplattformen" und zur Situation in Libyen:

Antwort der Bundesregierung vom 26. Oktober 2018 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Michel Brandt, Eva-Maria Schreiber, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke (Planungen für „Ausschiffungszentren“ in Drittstaaten):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/053/1905307.pdf>

Antwort der Bundesregierung vom 26. Oktober 2018 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke (Machtkämpfe von Milizen der „Einheitsregierung“ in Libyen):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/052/1905266.pdf>

„Kooperation mit Libyen - Das Land fürs Grobe“, Artikel in der taz vom 9. Oktober 2018:

<https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5538503&s=Libyen/>

Bosnien/Kroatien

Protestcamp an der bosnisch-kroatischen Grenze geräumt

Am 30. Oktober 2018 wurde das selbstorganisierte Protestcamp von Geflüchteten an der bosnisch-kroatischen Grenze bei Velika Kladuša von der bosnischen Polizei geräumt. Etwa 300 - 500 Schutzsuchende, unter ihnen viele Familien mit Kindern, hatten eine Woche lang den Grenzübergang blockiert. Sie forderten die Öffnung der Grenzen und das Recht einen Asylantrag in der Europäischen Union stellen zu können. Ein Kurzbericht auf dem Webblog Yalla Yalla Europe:

<https://yallayallaeurope.wordpress.com/2018/10/30/protestcamp-geraeumt-refugee-protest-camp-near-velika-kladusa-evicted/>

Ein von Geflüchteten aufgenommenes Handy-Video der Räumung:

<https://www.youtube.com/watch?v=UM8DGSSKaCM>

Bildergalerie vor Räumung des Camps:

<https://yallayallaeurope.wordpress.com/2018/10/29/bildergalerie-protestcamp>

Weitere Berichte über das Protestcamp

„An der bosnisch-kroatischen Grenze: Geflüchtete fordern Aufnahme“:

<https://yallayallaeurope.wordpress.com/2018/10/25/an-der-bosnisch-kroatischen-grenze-gefluechtete-fordern-aufnahme>

„Proteste und Zuspitzung“:

<https://cantevictsolidarity.noblogs.org/post/2018/10/28/grenze-bosnien-kroatien-proteste-und-zuspitzung-28-oktober-2018>

Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos

Die Bundesregierung nennt Verhältnisse in Lesbos/Moria in Beantwortung einer Anfrage der Grünen im Bundestag "besorgniserregend" - und beschönigt damit eher die verheerenden Bedingungen in dem überfüllten Lager. Die Antwort vom 23. Oktober 2018 als [PDF](#)

Massenabschiebungen aus Algerien

Algerien hat 2014 eine Übereinkunft mit Niger bezüglich der Repatriierung nigrischer Staatsangehöriger getroffen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer [Antwort vom 4. Oktober 2018](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom August 2018.

Migrant_innen aus Niger, aber auch anderen Staaten aus Subsahara-Afrika, würden demnach per Bus nach Tamanrasset in Süd-Algerien gebracht und von dort aus weiter nach Niger abgeschoben.

Meldungen aus Herkunftsländern

Eritrea

Unzumutbare Anforderungen verhindern Familiennachzug

Ausführlicher Text bei ProAsyl zu Problemen beim Familiennachzug bei eritreischen Flüchtlingen:

<https://www.proasyl.de/hintergrund/unzumutbare-anforderungen-verhindern-familiennachzug-zu-fluechtlingen-aus-eritrea/>

Siehe hierzu auch: „Eritrea funktioniert nicht wie ein normales Land“ – ein Gespräch mit Filmon Debru, einem eritreischen Flüchtling über die Lage in Eritrea, ebenfalls bei ProAsyl:

<https://www.proasyl.de/eritreainterview>

Meldungen aus Brandenburg

Ermittlungen wegen rassistischer Beleidigung beim Unfalltod einer ägyptischer Studentin in Cottbus eingestellt

rbb vom 1. November 2018:

<https://www.rbb24.de/studiocottbus/panorama/2018/11/aegyptische-studentin-.html>

"Schröter gefährdet die Koalition"

Interview am 31. Oktober 2018 im Nordkurier mit Andrea Johlige, Fraktion Die Linke in Brandenburg, Sprecherin für Asyl- und Flüchtlingspolitik, MigrantInnen- und AusländerInnenpolitik und Tolerantes Brandenburg:

<https://www.nordkurier.de/brandenburg/schroeter-gefaehrdert-die-koalition-3133589410.html>

Nach wie vor erhebliche Gefährdung für Freiheits- und Grundrechte durch geplante Verschärfungen

Pressemitteilung des Bündnisse gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz vom 29. Oktober 2018 zum Kabinettsentwurf des neuen Brandenburger Polizeigesetzes:

<https://nopolgbbg.de/pressemitteilungen/>

Kommunen wollen Flüchtlinge, die über keine Bleibeperspektive verfügten, gar nicht erst aufnehmen

Märkische Online-Zeitung/MOZ vom 27. Oktober 2018:

<https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1688712/https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1688712/>

"Schröter will Verschärfungen für Asylbewerber durchsetzen"

Lausitzer Rundschau vom 26. Oktober 2018:

https://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/schroeter-will-verschaerfungen-fuer-asylbewerber-durchsetzen_aid-34106123

"Hässlich willkommen"

Junge Flüchtlinge berichten im Potsdamer Landtagsschloss über positive und negative Erfahrungen in Brandenburg. Artikel in: Neues Deutschland, 22. Oktober 2018:

<https://www.neues-deutschland.de/amp/artikel/1103984.fluechtlinge-in-brandenburg-haesslich-willkommen.amp.html>

Hilfe für jesidische Frauen in Brandenburg - Das uneingelöste Versprechen für Nadia Murad

Brandenburg wird jesidische Frauen aufnehmen – das versprach der Landtag der Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad. Geschehen ist seither wenig. Artikel in: Der Tagesspiegel, 22. Oktober 2018:

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/hilfe-fuer-jesidische-frauen-in-brandenburg-das-uneingeloeste-versprechen-fuer-nadia-murad/23211210.html>

Meldungen aus Deutschland

Forderung nach Aufklärung bleibt! - "Auch der Mord an Burak Bektaş muss neu aufgerollt werden!"

Pressemitteilung der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş anlässlich des 7. Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU:

<http://burak.blogspot.de/2018/11/02/anlaesslich-des-7-jahrestages-der-selbstenttarnung-des-nsu-die-forderung-nach-aufklaerung-bleibt/>

Nationale Stelle zur Verhütung von Folter legt Bericht über Abschiebehäft vor

[Pressemitteilung](#) des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehäft Büren e.V. vom 31. Oktober 2018. Der Bericht als [PDF](#)

Zu Unrecht abgeschobene Familie kehrt zurück

Gemeinsame Pressemitteilung des Sächsischen Flüchtlingsrates und ProAsyl vom 30. Oktober 2018:

<https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/10/31/pm-von-pro-asyl-und-sfr-zu-unrecht-abgeschobene-familie-kehrt-morgen-zurueck/>

Drei von vier Kriegsflüchtlingen sind traumatisiert

Erstmals gibt es eine repräsentative Studie zum Gesundheitszustand von Syrern, Afghanen und Irakern in Deutschland. Der Tagesspiegel berichtete am 30. Oktober 2018:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/aok-studie-drei-von-vier-kriegsfluechtlings-sind-traumatisiert/23242110.html>

Die AOK-Studie als [PDF](#)

„Beeindruckt“ - Seehofer besucht Ankerzentrum für Flüchtlinge

Das Erstaufnahmelager für Flüchtlinge im saarländischen Lebach ist nun ein sogenanntes Ankerzentrum. Bundesinnenminister Seehofer sieht es als Vorbild für andere Bundesländer. Beitrag aus dem MiGAZIN vom 30. Oktober 2018:

[http://www.migazin.de/2018/10/30/seehofer-asyzentrum-im-saarlaendischen-lebach-vorbildhaft/?](http://www.migazin.de/2018/10/30/seehofer-asyzentrum-im-saarlaendischen-lebach-vorbildhaft/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

[utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2018/10/30/seehofer-asyzentrum-im-saarlaendischen-lebach-vorbildhaft/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

Spezielle Sprachkurse für sehbehinderte Flüchtlinge eröffnen neue Chancen

Beitrag aus dem MiGAZIN vom 26. Oktober 2018:

[http://www.migazin.de/2018/10/26/vergessene-zielgruppe-spezielle-sprachkurse-fluechtlinge/?](http://www.migazin.de/2018/10/26/vergessene-zielgruppe-spezielle-sprachkurse-fluechtlinge/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

[utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter](http://www.migazin.de/2018/10/26/vergessene-zielgruppe-spezielle-sprachkurse-fluechtlinge/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)

Illegale Zurückweisungen an der deutschen Grenze: Parallelsystem am Rechtsstaat vorbei

Die aktuelle Debatte um die Zurückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze verfehlt den Kern des Problems. Asylsuchende werden ad hoc ohne Rechtsverfahren zurück in EU-Staaten wie Griechenland verfrachtet - am Europa-Recht und rechtsstaatlichen Prinzipien vorbei. Pro Asyl am 23. Oktober 2018:

<https://www.proasyl.de/news/illegale-zurueckweisungen-an-der-deutschen-grenze-parallelsystem-am-rechtsstaat-vorbei/>

Rechtsgutachten hält bayerische Grenzpolizei für verfassungswidrig

Der Einsatz bayerischer Landespolizisten bei Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze ist einem Rechtsgutachten zufolge - [Rechtsgutachten zur Vereinbarkeit der landesgesetzlichen Regeln über die bayerische Grenzpolizei mit dem Grundgesetz](#) - verfassungswidrig.

Werdender Vater während der Geburt seines Kindes aus dem Krankenhaus Saalfeld abgeschoben

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V., Caritas in Saalfeld und Menschenrechts-beauftragter der Thüringer Landesärztekammer fordern: Grundrechtlichen Schutz der Familie achten! Keine Abschiebung aus einem Krankenhaus ! [Pressemitteilung des Flüchtlingsrates Thüringen](#) vom 23. Oktober 2018.

Erst schikaniert, dann eingesperrt!

[Pressemitteilung des Bündnis gegen Abschiebung](#) Göttingen zur Inhaftierung eines pakistanischen Geflüchteten in Göttingen vom 23. Oktober 2018.

„Horror-Sammelabschiebung“

Der Flüchtlingsrat Berlin fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle bei der Sammelabschiebung von Berlin-Schönefeld nach Madrid am 6. Juni 2018. Pressemitteilung des Flüchtlingsrats Berlin vom 22. Oktober 2018:

<http://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/horror-sammelabschiebung-unter->

[federfuehrung-berlins/](#)

Von einer immer rücksichtsloseren und brutalen Durchsetzung von Dublin-Überstellungen in der Praxis wird vielfach berichtet. Die Sammelabschiebung im Rahmen des Dublin-Systems aus Berlin und erschreckende Berichte hierzu nahm die Fraktion Die Linke zum Anlass für eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Hier die Anfrage und [Antwort der Bundesregierung](#)

Anfrage zum "Menschenwürdige Behandlung bei Abschiebungen" der Abgeordneten Bettina Jarasch (GRÜNE), Abgeordnetenhaus Berlin, und die [Antwort des Berliner Senats](#) vom 4. Oktober 2018.

Pro-Chemnitz-Aktivist droht Ausschluss

Der Vorstand der Vereinigung von Strafverteidigern in Sachsen und Sachsen-Anhalt will im November über den Ausschluss eines führenden Kopfes der rechten Gruppe „Pro Chemnitz“ aus der Vereinigung abstimmen lassen. Spiegel-Online vom 19. Oktober 2018:

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/anwaelte-wollen-pro-chemnitz-anfuehrer-ausschliessen-a-1234085.html>

"Obergrenze"

[Antwort der Bundesregierung](#) vom 18. Oktober 2018 auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zur fehlerhaften/verzerrenden Berechnung der "Obergrenze" im Koalitionsvertrag durch den Bundesinnenminister und zu den tatsächlichen bisherigen Zahlen.

Bei Nacht und Nebel - Abschiebeversuch aus Mainzer Uniklinik

Am 17. Oktober 2018 wurde eine schwangere Iranerin mit insulinpflichtigem Diabetes von zehn bis zwölf Polizist_innen aus der gynäkologischen Station der Mainzer Uniklinik abgeholt, um sie zum Flughafen Hannover zu bringen mit dem Ziel einer Abschiebung nach Kroatien. Gegen den nächtlichen Überfall in einem Krankenhaus protestierten mehrere Organisationen in einem [offenen Brief](#), darunter der AK Asyl - Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz.

Migration ist ein feministisches Thema

Wissal Houbabi von NoUnaDiMeno und Jane Wangari von Women in Exile über die Kämpfe migrantischer und geflüchteter Frauen in: ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 642 vom 16. Oktober 2018:

https://www.akweb.de/ak_s/ak642/08.htm

Unzumutbare Anforderungen verhindern Familiennachzug

Ausführlicher Text zu Problemen beim Familiennachzug bei eritreischen Flüchtlingen, veröffentlicht bei ProAsyl:

<https://www.proasyl.de/hintergrund/unzumutbare-anforderungen-verhindern-familiennachzug-zu-fluechtlingen-aus-eritrea/>

Siehe hierzu auch: „Eritrea funktioniert nicht wie ein normales Land“ – Gespräch mit einem eritreischen Flüchtling, ebenfalls bei ProAsyl:

<https://www.proasyl.de/eritreainterview>

Bericht der Bundesregierung zur Situation unbegleiteter Minderjähriger in Deutschland

Der Bericht der Bundesregierung liegt seit dem 19. September 2018 vor. Auf Basis einer Befragung der Länder, der Jugendämter sowie von Einrichtungen der Jugendhilfe wird

hinsichtlich der Umsetzung des Gesetzes zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher auf behördlicher und struktureller Ebene in den Ländern und Kommunen Stellung bezogen. Der Bericht beschreibt die Lebenssituation der unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Geflüchteten auf Basis der Befragung. Es wird darauf verwiesen, dass die Einbeziehung der Zielgruppe selbst in einer Befragung zur Evaluation des Gesetzes im Jahr 2020 erfolgen wird. Zum Bericht hier: <https://b-umf.de/src/wp-content/uploads/2018/10/bericht-bundesregierung-2017-zur-situation-unbegleiteter-minderjaehriger-in-deutschland.pdf>

Zum Urteil des EuGH zum Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Eine wichtige Information gab es infolge einer [Nachfrage der Abgeordneten Zaklin Nastic](#) von der Fraktion Die Linke zur (Nicht-) Umsetzung des EuGH-Urteils zum Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (maßgeblicher Zeitpunkt: Minderjährigkeit bei Asylantragstellung). Die Bundesregierung erklärt, dass die bekannt gewordene ablehnende Haltung des Auswärtigen Amtes zwar mit dem BMI abgestimmt worden sei - "weitere Ressorts" hätten aber "zwischenzeitlich Abstimmungsbedarf angemeldet, weshalb in der Bundesregierung eine größere Ressortabstimmung begonnen wurde". Es müsse geprüft werden, inwieweit die in Bezug auf die Niederlande getroffene Entscheidung des EuGH auf die deutsche Rechtslage übertragbar sei. Offen ist allerdings, wie der regierungsinterne Abstimmungsbedarf ausgehen wird. Es geht um eine überschaubare Zahl Betroffener, für die die Versagung des Familiennachzugs allerdings eine unglaubliche Härte darstellt.

Die Süddeutsche Zeitung berichtete hierzu und kommentierte:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-familiennachzug-eugh-1.4182331>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/familiennachzug-ohne-recht-und-moral-1.4183127>

Auf erste positive Gerichtsentscheidungen im Sinne der Betroffenen wird in diesem Übersichtsartikel des Informationsverbunds Asyl & Migration hingewiesen:

<https://www.asyl.net/view/detail/News/auswaertiges-amt-will-eugh-urteil-zum-elternnachzug-zu-volljaehrig-gewordenen-nicht-umsetzen/>

Noch ein lesenswerter Artikel zum Thema auf Zeit-online vom 10. Oktober 2018:

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-10/familiennachzug-deutschland-schutzberechtigte-angehoerige>

[Broschüren/Ratgeber/Materialien](#)

Lebenszufriedenheit von Flüchtlingen in Deutschland ist deutlich geringer, wenn ihre Kinder im Ausland leben

Flüchtlinge, deren minderjährige Kinder im Ausland leben, sind einer aktuellen [Studie des DIW Berlin](#) — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. vom Oktober 2018 zufolge deutlich unzufriedener als andere Flüchtlinge in Deutschland. Englische Version als [PDF](#)

Wer hat einen "Migrationshintergrund"?

Zuletzt gab es einige Änderungen in der Definition und Erhebung. Die Sozialanthropologin Anne-Kathrin Will schreibt dazu: Die Neuerungen haben den "Migrationshintergrund" noch undurchsichtiger gemacht:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/wer-hat-einen-migrationshintergrund.html>

"Unterbringungs-TÜV - Zur Messung von Kinderrechten in Unterkünften für geflüchtete Menschen in Deutschland"

[Veröffentlichung von Save the children](#) vom Juni 2018.

Hinterland #39/2018

Die aktuelle der Zeitschrift Hinterland#, das Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats zum Thema Europa (108 Seiten) kann unter www.hinterland-magazin.de bestellt werden.

Die Zeitschrift als [PDF](#)

Freugee - Refugee Movement

Link zur Website oplatz.net, die als Stimme der Bewegung der Geflüchteten 2012 während des Protest-Camps auf dem Oranienplatz ("Oplatz") in Berlin entstanden ist:

<https://oplatz.net/>

Stellenausschreibungen

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. sucht zum schnellstmöglichen Zeitpunkt eine_n [Referent_in im Projekt „Jugendhilfe macht's möglich?! Rechte junger Geflüchteter und ihrer Familien stärken“](#)

Der AWO Kreisverband Berlin-Mitte sucht ab sofort [Ehrenamtskoordinator_innen für die Einrichtungen mit Geflüchteten](#)

Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin richtet in Strausberg im Landkreis Märkisch-Oderland einen Jugendmigrationsdienst ein. Dafür wird ab sofort zunächst befristet für ein Jahr mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden eine_n [Sozialarbeiter_in/Sozialpädagoge_in](#) gesucht.

Das DRK sucht für das Team 22 „Suchdienst Leitstelle“ zum 01. Januar 2019 einen Mitarbeiter (m/w/d) für die Aufgabe eines [Referenten Haushalt und Finanzen](#)

Das Projekt "Flüchtlinge Willkommen" sucht zum 1. Januar 2019 eine_n Mitarbeiter_in für Vermittlung; Arbeitsort ist Berlin-Wedding:

https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScjoNfwFO1WCQ6F50r9OH9X_GuZv2mFbNDkD1l-3fif0COAQ/viewform

Flüchtlingsrat Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331 - 716 499
Fax: 0331 - 887 15 460

Im Flüchtlingsrat mitarbeiten ...

Regelmäßig findet eine öffentliche Sitzung des Flüchtlingsrates statt. Jede/r Interessierte ist herzlich eingeladen daran teilzunehmen. Infos dazu in der Geschäftsstelle.

Fördermitglied werden...

Wer den Flüchtlingsrat inhaltlich und/oder finanziell unterstützen möchte, kann dem Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats beitreten. Infos dazu in der Geschäftsstelle.

Spenden...

Sie können /Ihr könnt den Flüchtlingsrat Brandenburg auch durch Ihre/Eure Spende unterstützen.

Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats e.V

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam

IBAN: DE33 1605 0000 3501 0100 00

SWIFT-BIC: WELADED1PMB/